

30. Oktober 2007



Aktuell.

SPD

Das soziale
Deutschland.

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

Der SPD-Bundesparteitag 2007 in Hamburg

Reformen für ein zukunftsfähiges und soziales Deutschland

1. Klare Signale aus Hamburg

Die SPD hat einen erfolgreichen Parteitag hinter sich gebracht. Der Hamburger Bundesparteitag war ein klares Signal: die SPD steht für das zukunftsfähige und soziale Deutschland. Wir wollen als Regierungspartei unser Land gestalten.

■ **Starkes Team:** Die SPD hat an der Spitze ein starkes Team. Unser Parteivorsitzender Kurt Beck wurde mit einem eindrucksvollen Ergebnis im Amt bestätigt. Die Parteispitze der SPD wird durch stellvertretenden Vorsitzenden Andrea Nahles, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier, Generalsekretär Hubertus Heil sowie Schatzmeisterin Barbara Hendricks komplettiert.

■ **Selbstbewusste Partei:** Die SPD hat sich als selbstbewusste und geeinte Partei präsentiert. Wichtige politische Fragen hat die SPD eindeutig geklärt. Die Delegierten haben das neue Grundsatzzprogramm und die wichtigen Leitanträge mit großer Mehrheit beschlossen.

■ **Klares Profil:** Der Parteitag hat klar gemacht, dass wir einen „Aufschwung für alle“ wollen. Wir stehen für wirtschaftliche Stärke, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt. Wir bekräftigen unsere Werte. Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen das soziale Deutschland. Ein soziales Deutschland ist untrennbar mit dem Zielen eines wirtschaftlich starken und eines ökologisch verantwortungsbewussten Deutschland verbunden.

■ **Politische Weichenstellungen für die Zukunft:** Mit dem Parteitag hat die SPD Antworten auf die zentralen Fragen unserer Zeit formuliert. Das neue Hamburger Programm zeichnet die langen Linien unserer Politik. Mit den Leitanträgen zur „Guten Arbeit“, zur ökologischen Ökonomie, zur Kultur- und Friedenspolitik haben wir in wichtigen Feldern die Weichen für die kommenden Jahre und die Zeit ab 2009 gestellt.

■ **Die solidarische Mehrheit in Deutschland gewinnen:** Alle diese politischen Vorhaben greifen die Interessen und Wünsche der solidarischen Mehrheit in unserem Land auf. Wir wollen diese solidarische Mehrheit in unserem Land für die SPD gewinnen. Kurt Beck sprach in seiner Rede von einem "historischen Parteitag". Gegen die "Wankelmütigkeit" der Konservativen gerichtet machte er klar: "Es wird unsere Aufgabe bleiben, dafür zu sorgen, dass ökonomischer Erfolg, dass ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit die bestimmenden Faktoren in Deutschland bleiben." „Demokratie verträgt keine Ohnmacht, sonst werden Menschen sich von der Demokratie abwenden.“ „Ich bin überzeugt, dass es über unterschiedliche Berufsgruppen, Lebenserfahrungen, kulturelle Verortungen und religiöse Einbindungen hinweg viele Menschen gibt, die eine Gesellschaft wollen, die zusammen hält und nicht einfach das Recht des Stärkeren in den Mittelpunkt stellt.“

2. Das neue Grundsatzprogramm

Nach achtjähriger Diskussion ist der Prozess hin zu einem neuen Grundsatzprogramm mit der Beschlussfassung des „Hamburger Programms“ beendet worden. Dieses Programm ist das Ergebnis eines lebendigen und intensiven Diskussionsprozesses der ganzen Partei.

Das Programm schreibt die Wertetradition der Sozialdemokratie fort und formuliert moderne, zukunftsfähige politische Konzepte für die nächsten zwei Jahrzehnte.

Die SPD hat als erste Partei in Deutschland ein **Programm zur aktiven, politischen Gestaltung der Globalisierung** entwickelt. Wir wollen auf internationaler Ebene den Vorrang der Demokratie vor den Interessen der Wirtschaft durchsetzen. Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Die Sozialdemokratie ist eine Friedenskraft, die für eine gerechte Weltordnung streitet.

Unsere gleichrangigen **Grundwerte** bleiben Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir wissen, dass es darauf ankommt, diese Werte nicht nur zu postulieren, sondern zu verwirklichen. Und wir können sie unter den Bedingungen unserer Zeit nur verwirklichen, wenn wir das Primat der Politik und das **Prinzip der Nachhaltigkeit** durchsetzen.

Offene Märkte schaffen neue Chancen auf Wohlstand. Aber wir brauchen soziale und ökologische Spielregeln, damit dieser Wohlstand allen Menschen zugute kommt, damit die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden. Wir wollen einen **nachhaltigen Fortschritt**: Durch **qualitatives Wachstum** wollen wir Armut und Ausbeutung überwinden, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglichen und dem bedrohlichen Klimawandel begegnen. Die Soziale Marktwirtschaft wollen wir stärken, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auch auf europäischer Ebene ausbauen. Die Finanzmärkte und Investoren brauchen politische Spielregeln. Wir wollen Anleger stärken, die statt kurzfristiger Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.

Wir entwickeln den **vorsorgenden Sozialstaat**, der Armut bekämpft, allen Menschen gleiche Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben ermöglicht und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert. Wir wollen die soziale Sicherung am Bürgerstatus ausrichten und die paritätischen Sozialversicherungsbeiträge durch eine höhere und gesicherte Steuerfinanzierung ergänzen, die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Wir verwirklichen das Recht eines jeden Menschen auf gebührenfreie Bildung von der Krippe über die Schule bis zur Hochschule.

Wir wollen **Gute Arbeit** – also Arbeit die gerecht entlohnt wird, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Um Sicherheit und Flexibilität zu verbinden und Sicherheit im Wandel zu gewährleisten, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umgestalten.

Wir setzen auf die **solidarische Bürgergesellschaft** und den handlungsfähigen Staat. Der demokratische Rechtsstaat, unterstützt und begrenzt durch die Zivilgesellschaft, ist verantwortlich für das, was nicht zur Ware werden darf: Sicherheit vor Verbrechen, soziale Teilhabe, Bildung und Kultur.

3. Die wichtigen Beschlüsse

Reformen für ein soziales Deutschland

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt verläuft deutlich positiv. Sie ist ein Ergebnis der unter der rot-grünen Bundesregierung begonnenen Reformpolitik. Die Agenda 2010 war ein Erfolg. Gleichzeitig bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die herausragende Aufgabe dieser Zeit, denn die Arbeitslosigkeit ist immer noch viel zu hoch. Vor allem Ältere haben deutlich größere Probleme aus der Arbeitslosigkeit heraus einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Darum wurden im Beschluss „Reformen für ein soziales Deutschland“ neun wichtige Maßnahmen vereinbart, die die SPD in der Koalition auf die Tagesordnung setzen wird:

- 1 Im Zeitraum 2008 bis 2011 sollen seitens der Bundesagentur für Arbeit jährlich 1 Milliarde Euro zusätzlich für ältere Arbeitslose eingesetzt werden.
- 2 Wir wollen die Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I für Ältere verändern: Nach Vollendung des 45. Lebensjahres 15 Monate (bei 30 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit). Nach Vollendung des 50. Lebensjahres 18 Monate (bei 36 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit). Nach Vollendung des 50. Lebensjahres 24 Monate (bei 42 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).
- 3 Wir streben ein „Gesetz zur Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente“ an.
- 4 Es soll geprüft werden, Rentenversicherungszeiten, die im Alter von 60 Jahren und darüber hinaus erreicht werden, mit einem besonderen Punktwert steigend wirksam zu machen.
- 5 Geprüft werden auch steuerliche Anreize für Vereinbarungen der Tarifpartner über zusätzliche Leistungen in die Rentenkasse, um bei berufsbezogener Leistungsminderung Rentenabschläge zu vermeiden.
- 6 Wir wollen einen Erwerbstätigenzuschuss (mit Kinderkomponente), der Vollzeit-Erwerbstätige die mit ihrem Einkommen das Erwerbsminimum erreichen vor Hilfebedürftigkeit schützt.
- 7 Wir wollen besondere Anstrengungen für die Ausbildung benachteiligter junger Menschen unternehmen.
- 8 Wir streben es an, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 3,5 Prozent zu senken.
- 9 Wir wollen den Missbrauch von Leiharbeit verhindern. Leiharbeiter müssen nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ohne Ausnahme gleichen Lohn wie die Stammbeslegschaft erhalten und gleiche Arbeitsbedingungen haben.

Gute Arbeit

Mit dem Beschluss „Gute Arbeit“ wurde die inhaltliche Basis für unsere gleich lautenden Kampagne gelegt. Die SPD hat ein umfassendes Konzept zur Gestaltung der Bedingungen in einer veränderten Arbeitswelt.

Die SPD hält an dem Ziel fest, dass alle Menschen die Chance auf Teilhabe am Erwerbsleben haben. Aber wir wollen auch, dass die Menschen „gute Arbeit“ haben. Gute Arbeit bedeutet:

- Das Ziel „Gute Arbeit für alle“ zu schaffen: durch die Förderung von Wachstum und die Stärkung der Qualifikationen der Arbeitnehmer.
- Die Durchsetzung von Mindestlöhnen
- Die Schaffung guter Arbeitsbedingungen wie familiengerechte Arbeitszeiten, die Stärkung von regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit und Praktika
- Die Förderung von Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Ausreichende Ausbildungsplätze und ein verbesserter Zugang aller Arbeitnehmer zur beruflichen Weiterbildung
- Gleiche Chancen Frauen und Männern beim beruflichen Aufstieg

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Die bessere Absicherung von Geringverdienern durch einen Erwerbstätigenzuschuss („Bonus für Arbeit“)
- Die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und die Weiterentwicklung der Mitbestimmung
- Die Bekämpfung illegaler Beschäftigung
- Die Durchsetzung eines sozialen Europa

Unser Weg in die ökologische Ökonomie

Mit dem Beschluss „Unser Weg in die ökologische Ökonomie – Für einen ‘New Deal’ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ legt die SPD ein Gesamtkonzept für eine zukunftsfähige Verbindung von wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit vor.

Das Ziel ist nicht der Verzicht auf Wachstum, sondern die gezielte Erschließung von ökologischen Märkten. Nur durch moderne Technologien, Produkte und Dienstleistungen lassen sich die Herausforderung des Klimawandels und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen meistern. Gerade in den neuen Märkten für Umweltechnik liegen erhebliche Potenziale für neue Arbeitsplätze, die wir erschließen wollen.

Das „ökologische Kernprogramm für Umwelt, Innovation und Beschäftigung“ konzentriert sich auf fünf zentrale Felder:

- Eine integrierte Energie- und Klimapolitik
- Die nachhaltige Gestaltung der Mobilität
- Die Steigerung der Ressourceneffizienz
- Die Sicherung der biologischen Vielfalt
- Den Gesundheitsschutz durch Umweltschutz

Die Kultur der Anerkennung

Mit unserem Beschluss „Kultur ist unsere Zukunft“ markieren wir die sozialdemokratischen

Positionen auf den wichtigsten Feldern der Kulturpolitik. Kultur ist für uns ein zentrales Politikfeld. Die SPD wird die Freiheit der Künste stärken und der sozialen Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern einen hohen Stellenwert einräumen. Wir unterstreichen den Eigenwert der Kultur für die Zukunft der Gesellschaft, als Basis der Demokratie, gesellschaftlichem Dialog und internationaler Verständigung. Dazu zählt die Erinnerungskultur. Wir werden die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und die SED-Diktatur lebendig halten, ohne die Unterschiede zwischen Tätern und Opfern zu verwischen.

Kultur und Bildung für alle gehören zum Kern des vorsorgenden Sozialstaates, der gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen entgegenwirkt. Wir wollen eine Kultur der Anerkennung, die auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten die kulturellen Unterschiede nicht nur respektiert, sondern für eine gegenseitige Bereicherung fruchtbar macht. Eine sozial engagierte Kulturpolitik kann Sozialpolitik niemals ersetzen, doch eine Sozialpolitik ohne kulturelle Dimension ist immer unvollständig.

Vorausschauende Friedenspolitik

Wir bekennen uns zur internationalen Solidarität und zur gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt. Wir stehen zu einer umfassenden Sicherheitspolitik. Wir setzen auf Dialog und Verständigung, auf wirtschaftliche Entwicklung und funktionierende staatliche Strukturen. Frieden und Sicherheit sind auf Dauer nicht allein mit militärischen Mitteln zu erreichen. Deshalb wollen wir neue Initiativen für Entspannung, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Unser Ziel ist eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir wollen Europa als Friedensmacht stärken.

Das deutsche Engagement in Afghanistan soll eingebettet sein in die Bemühungen der Vereinten Nationen, der internationalen Gemeinschaft

und der afghanischen Regierung. Unser Ziel ist es, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken. Dabei wissen wir, dass ziviler Aufbau und Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich sind, es aber gleichzeitig ohne Wiederaufbau keine dauerhafte Sicherheit geben wird. Hauptaufgabe ist es daher, die afghanischen Institutionen zu unterstützen, um Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau zu schaffen und die afghanische Armee, Polizei und Justiz in die Lage zu versetzen, Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. In diesem Sinne arbeiten die Bundeswehr und die zivilen Aufbauhelfer.

- Wir wollen mehr Mittel für den zivilen Aufbau zur Verfügung stellen.
- Wir wollen den Versöhnungsprozess in Afghanistan unter Einbeziehung aller Kräfte unterstützen, die bereit sind, die afghanische Verfassung zu respektieren und den bewaffneten Kampf einzustellen.
- Wir setzen uns für die Bekämpfung der Drogenökonomie ein und wollen nachhaltige Einkommensalternativen für die Bauern schaffen.
- Wir wollen die Ausbildung der afghanischen Armee verbessern und den Polizeiaufbau voranbringen.
- Der Aufbau des afghanischen Rechtssystems ist zu verstärken.
- Bei allen Militäroperationen sind zivile Opfer konsequent zu vermeiden.

Mit unserem Beschluss „Gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr erhalten – Freiwilligkeit stärken“ ziehen wir die Konsequenz aus der gewandelten außen- und sicherheitspolitischen Lage Deutschlands. Deutschland lebt heute in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn in Ost und West, mit denen es in der Europäischen Union eng verbunden ist. Zugleich ist das internationale Umfeld nicht frei von sicherheitspoliti-

schen Risiken. Neben den Auftrag der Landesverteidigung sind internationale Friedenseinsätze getreten, die auf Grundlage eines Mandates der Vereinten Nationen und im multinationalen Rahmen erfolgen. Dabei werden gute Ausstattung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz, soziale Sensibilität und die Zusammenarbeit mit zivilen und humanitären Organisationen immer wichtiger.

Wir wollen die gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr erhalten und die Wehrpflicht unter Beibehaltung der Musterung und Wehrgerechtigkeit weiterentwickeln. In Zukunft wollen wir zum Dienst in den Streitkräften nur noch diejenigen einberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, diesen Dienst leisten zu wollen.

Für eine Bahn mit Zukunft

Wir wollen den Schienenverkehr und die Deutsche Bahn AG stärken. Dafür bietet der Beschluss zur Teilprivatisierung der Bahn eine gute Grundlage.

- Wir wollen, dass der Bund auch in Zukunft der zentralen Aufgabe von Mobilität und Erreichbarkeit in der Fläche gerecht wird.
- Wir erhalten den integrierten Bahnkonzern. Die 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich auf die SPD verlassen.
- Wir ermöglichen die erforderlichen Investitionen, indem wir die Kapitalausstattung der Bahn erhöhen. Private Investoren sollen dabei auf die Unternehmenspolitik keinen Einfluss ausüben. Deshalb wollen wir eine stimmrechtslose Vorzugsaktie einführen.

Alle Beschlüsse, Reden und Ergebnisse des Parteitags finden sich im Internet:

www.parteitag.spd.de